

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich der
Konferenz „Erfahrungsaustausch Rechtsradikalismus“ des
Deutschen Städtetags am 24. März 2014, 11 Uhr, Gereonshaus,
Gereonsstraße 18-32, Sitzungssaal 1.1-1.3**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Hebborn,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen in Köln!

Ich freue mich, dass Sie heute zu uns an den Rhein gekommen sind, um über kommunale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus zu diskutieren. Das ist ein wichtiges Thema. Auch für uns hier in Köln: In wenigen Wochen jährt sich das menschenverachtende Nagelbomben-Attentat in der Kölner Keupstraße zum zehnten Mal. Im Juni 2004 wurden über 20 Menschen zum Teil schwer verletzt. Verantwortlich für diesen Anschlag war, davon können wir heute ausgehen, der Nationalsozialistische Untergrund und sein Unterstützernetzwerk. Und das war nicht der einzige rechte Terrorakt in Köln. Die Probsteigasse ist nur wenige Meter von hier entfernt. Hier explodierte 2001 ein Sprengsatz im Lebensmittelgeschäft einer deutsch-iranischen Familie. Die damals 19-jährige Tochter des Inhabers wurde hierbei schwer verletzt.

Mit dem sogenannten NSU hat der rechte Terror in Deutschland einen neuen traurigen und erschreckenden Höhepunkt erreicht. In Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Dortmund und Kassel waren in den Jahren 2000 bis 2006 neun migrantische Arbeiter und Kleinunternehmer kaltblütig hingerichtet worden. Der NSU verübte 2007 zudem einen Mord an einer Polizistin in Heilbronn.

Wir können den Schmerz und das Leid der Angehörigen der Opfer nicht wiedergutmachen. Aber wir sind in der Verpflichtung, uns an die Opfer zu erinnern

und uns die schrecklichen Folgen rechtsextremer Gewalt immer wieder neu zu vergegenwärtigen. In vielen Städten haben Gedenkfeiern oder andere Aktivitäten stattgefunden. In Köln gab es eine Gedenkminute, an der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt aufgefordert waren, sich zu beteiligen. Die sieben Städte, in denen Bürgerinnen und Bürger vom NSU aus dem Leben gerissen wurden, haben sich zudem darauf verständigt, Gedenkstätten für die Mordopfer mit einer einheitlichen Botschaft zu errichten. Auch in Köln, so hat es der Rat der Stadt beschlossen, soll ein Denkmal für die Opfer in der Keupstraße errichtet werden.

Im Juli vergangenen Jahres hat die Stadt Dortmund im Rahmen einer Gedenkfeier im Beisein von Angehörigen einen ersten Gedenkstein mit den Namen aller Opfer der Öffentlichkeit übergeben. Mein Kollege, der Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau, hat sich damals in seiner Ansprache betroffen und beschämt gezeigt, dass die Morde über viel zu lange Zeit nicht als Straftaten rechtsextremer Terroristen erkannt worden seien. Stattdessen seien die Opfer und ihre Familien kriminalisiert worden.

Dies gilt auch für die Kölner Keupstraße. Viele der von dem Anschlag betroffenen Menschen sind traumatisiert. Jahrelang haben Politik, Polizei, Öffentlichkeit und Medien eben nicht glauben wollen, dass der Anschlag einen rechtsextremen Hintergrund haben könnte. Und auch hier wurden die Täter in einem angeblich kriminellen Milieu von Migrant*innen gesucht. Dieser Fehler hat viele Wunden hinterlassen. Ich bin froh, dass eine Entschädigung der Opfer schnell erreicht wurde – auch wenn diese natürlich nicht die körperlichen und seelischen Verletzungen rückgängig machen kann. Und ich habe mich persönlich für die Einrichtung einer Opferberatung für die Keupstraße eingesetzt, die mit gemeinschaftlicher Anschubfinanzierung durch die Stadt und den Landschaftsverband Rheinland ihre Arbeit inzwischen aufgenommen hat. Sie bietet den Menschen eine niederschwellige Unterstützung an.

In diesem Zusammenhang wird vom 7. bis 9. Juni, dem diesjährigen Pfingstwochenende, eine Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Birlikte – Zusammenstehen! Gemeinsam gegen Rassismus und Ausgrenzung – für eine gerechte und solidarische Gesellschaft“ in Köln-Mülheim stattfinden. Anlass ist der

10. Jahrestag des Bombenattentats in der Keupstraße. Die Veranstaltungen sollen zum einen an die Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Attentat und den NSU-Morden erinnern. Zum anderen soll durch ein vielseitiges Kunst- und Kulturfest Köln-Mülheim und insbesondere die Keupstraße zu einem Ort der Begegnung und des Austauschs gemacht werden. Am Pfingstmontag ist zudem eine Großkundgebung unter Beteiligung zahlreicher national bekannter Künstlerinnen und Künstler in Mülheim geplant.

Meine Damen und Herren,
die Taten des NSU haben uns erneut vor Augen geführt, welche Gefahren der Rechtsextremismus und der Neonazismus mit sich bringen. Hier sind alle gesellschaftlichen Ebenen aufgefordert, wachsam zu sein und schon frühzeitig gemeinsame Strategien zu entwickeln – eben das, was heute hier geschieht.

In den verschiedenen Regionen stellen sich die Herausforderungen sicherlich unterschiedlich dar. In wenigen Wochen wird das Europaparlament gewählt, in Nordrhein-Westfalen finden zeitgleich die Kommunalwahlen statt. Beides sind Anlässe für die extreme Rechte, in der Öffentlichkeit mit rassistischer Propaganda gegen Minderheiten zu hetzen.

In Köln machen wir leidvolle Erfahrung mit einer rechtsextremen Partei. Seit nunmehr beinahe zehn Jahren sitzt die selbsternannte „Bürgerbewegung“ pro Köln im Stadtrat. Die rassistischen Ausfälle im Rat und in öffentlichen Veranstaltungen sind mitunter unerträglich. Als Demokraten sind wir aufgefordert, uns mit den Rechtsextremen offensiv auseinanderzusetzen und ihnen die Stirn bieten.

Ein Thema, das uns in dieser Hinsicht in den nächsten Wochen alle betreffen wird, ist der Umgang mit Flüchtlingen sowie die Zuwanderung aus Südosteuropa. Zuwanderung – und das muss ich dabei deutlich betonen – ist für unsere Kommunen nicht nur seit Jahrhunderten Realität. Städte profitieren in erheblichem Maße auch von dem, was die Zugewanderten mitbringen. Für beide Aspekte ist Köln ein schönes und lebendiges Beispiel. Hier leben etwa 300.000 Migrantinnen und Migranten. Das macht fast ein Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt aus. Kulturelle

Vielfalt ist zugleich unser Charakteristikum und unsere Stärke – und das bereits seit fast 2.000 Jahren!

In diesem Zusammenhang dürfen wir nicht vergessen, dass nicht wenige Menschen, die jetzt zu uns kommen, über zahlreiche Qualifikationen verfügen. Gleichzeitig müssen wir aber auch darauf hinweisen, dass die Zuwanderung aus Südosteuropa uns vor enorme Herausforderungen stellt. Denn dort, wo die Menschen in ihren Herkunftsländern benachteiligt und von Ressourcen ausgeschlossen sind, entsteht die Gefahr, dass sich die Probleme auch in den Zielstädten fortsetzen. In einem Positionspapier im letzten Jahr hat der Deutsche Städtetag darauf hingewiesen, dass den Kommunen durch die sogenannte Armutsmigration erhebliche Kosten entstehen, zum Beispiel für die Schaffung von Notunterkünften, für medizinische Grundversorgung oder sozial flankierende Leistungen sowie für die Bereitstellung von Beratungsangeboten. Hier sind auch andere Akteure wie Land, Bund und EU gefragt, um Städten die Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration zu ermöglichen.

In dem genannten Positionspapier wird aber ebenso deutlich darauf hingewiesen, dass neben den enormen finanziellen Belastungen auch vielfältige Fragestellungen für die aufnehmende Stadtgesellschaft aufgeworfen werden. Hier sei besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass nicht „rechte, fremdenfeindliche Kräfte die Situation als Reflexionsfeld erkennen und die Entwicklungen zusätzlich erschweren. Erste Anzeichen hierfür sind erkennbar“.

Auch wir in Köln haben schon Erfahrung damit gemacht, wie die Rechtsextremen dieses Thema populistisch aufgreifen und dazu nutzen, um vor Ort Propaganda zu machen. So hat zu Beginn des Jahres die rechtsextreme Bürgerbewegung pro NRW – das ist die landesweite Ausdehnung von pro Köln – vor Flüchtlingsheimen demonstriert, in denen unter anderem Menschen aus Ex-Jugoslawien untergebracht waren. Solche Aktionen dienen dazu, Stimmung gegen Menschen zu machen, die unserer Unterstützung bedürfen. Sie vergiften das politische und soziale Klima!

Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten ist das Einfallstor für kommunale Verankerung von Rechtsaußen. Daher müssen in den Kommunen Politik und

Gesellschaft offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegenzutreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Damit ist es aber noch nicht getan, meine Damen und Herren. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, das Eintreten für kulturelle Vielfalt ist keine Aufgabe, die an die Politik oder die Verwaltung delegiert werden kann. Sie geht uns alle an. Ich bin froh und auch stolz darauf, dass es in Köln eine lebendige und aktive Zivilgesellschaft gibt. Als die Rechtsextremen vor einer Flüchtlingsunterkunft im Kölner Stadtteil Porz standen, hat ein breites Bündnis aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und engagierten Menschen vor Ort gemeinsam mit den Menschen in dem Heim ein Willkommensfest gefeiert. An einem anderen Ort wurde ein Fußballturnier für Flüchtlingskinder veranstaltet, in einem weiteren Stadtteil ein Ausflug organisiert und vieles mehr. Für die einen mögen dies kleine Gesten sein, für mich aber ist das ein starkes Zeichen: Zuwanderer sind willkommen! Köln ist eine Stadt der Vielfalt – und nicht der braunen Einfalt!

Immer wieder haben Kölner Bürgerinnen und Bürger unter Beweis gestellt, dass sie nicht bereit sind, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in ihrer Stadt zu dulden. Eine lebendige Demokratie wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Menschen geschaffen, die in ihr leben. Öffentliche Signale sind dabei wichtig, denn sie tragen maßgeblich mit zu einem gesellschaftspolitischen Klima bei und können für die Gefahr von Rassismus und Antisemitismus sensibilisieren.

Was tut nun die Kommune, meine Damen und Herren? Mit dem Beschluss des Rates der Stadt Köln über den Beitritt zur „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ hat sich die Stadt verpflichtet, gegen jegliche Form von Intoleranz und Diskriminierung von Menschen aufgrund ethnischer Herkunft entschieden vorzugehen und ein diskriminierungsfreies Klima zu fördern. Dies setzen wir auf unterschiedlichste Art und Weise um. Die Maßnahmen, die wir zur Förderung des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens ergreifen, sind so zahlreich, dass ich sie nicht alle nennen kann.

Ich möchte jedoch eine Maßnahme exemplarisch herausgreifen, welche auch Gegenstand der heutigen Diskussion sein kann: die Einrichtung von Fachstellen gegen Rechtsextremismus in den Kommunen. Hierfür gibt es bereits einige Beispiele. Einige Vertreterinnen und Vertreter entsprechender Einrichtungen sind heute ja auch hier vertreten.

In Köln hat der Rat der Stadt im Jahr 2007 die Einrichtung einer „Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus“ beschlossen. Diese hat 2008 ihre Arbeit aufgenommen. Angesiedelt ist sie im NS-Dokumentationszentrum – ein städtisches Museum und eine kommunale Gedenkstätte, die seit Jahren hervorragende und für die Stadt wichtige Arbeit leistet. Sie werden im Anschluss an die Konferenz die Möglichkeit zu einem Besuch haben, meine Damen und Herren.

Die Info- und Bildungsstelle bietet unter anderem Workshops, Vorträge und Fortbildung für Schülerinnen und Schüler und Erwachsene an. Diese Art der Aufklärung ist von großer Bedeutung: Denn das Wissen über Strukturen, Inhalte und Argumentationsmuster der extremen Rechten ist die Grundvoraussetzung für eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Dies gilt auch und vor allem, wenn Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sich hinter der Fassade einer vorgeblich „normalen demokratischen Partei“ verbergen.

Darüber hinaus vernetzt die Info- und Bildungsstelle diejenigen, die sich gegen Rechts und für Demokratie engagieren, und sie bietet bei Problemfällen im Themenfeld Rechtsextremismus Hilfe zur Selbsthilfe an. Drei solcher Problemfälle werden Sie heute beraten und sich über ein erfolgreiches kommunales Vorgehen austauschen.

Ich bin mir sicher, dass sie von den Erfahrungen in Köln, München und anderen Städten profitieren können, meine Damen und Herren. Und ich bin mir sicher, dass auch andere wiederum aus Ihren Erfahrungen einen Nutzen ziehen können.

Meine Damen und Herren,
ich freue mich, dass der Deutsche Städtetag einen solchen Erfahrungsaustausch möglich macht. Ich wünsche Ihnen produktive Diskussionen und viel Erfolg bei Ihrer

Arbeit.